

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Mittelnach 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 20. März 1894.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haackstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frank-
furt a. M. Meiner Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die Mandats-Niederlegung des Herrn v. Rosciolski.

Berlin, 20. März.
Einem Berichterstatter des „Lousi Nisch's
Telegraphischen Bureau“ gab Herr v. Rosciolski
in einem längeren Interview interessante Auf-
schlüsse über die eigentlichen Ursachen seiner Man-
dats-Niederlegung und deren etwaige Folgen.
Herr v. R. widersprach entschieden der vielfach ver-
breiteten Annahme, als wäre seine Haltung gegen-
über den Marineverordnungen der Regierung
die Ursache seiner Mandats-Niederlegung gewesen.
Ein solcher Gegensatz zwischen ihm und seiner
Fraktion habe gar nicht bestanden. Die über-
wiegende Mehrheit seiner Fraktion sei stets un-
bedingt seiner Ansicht in ähnlichen Fragen ge-
wesen, sie habe stets seinen Intentionen in Sachen
der Stellungnahme gegenüber der Regierung willig
begegnung. „Ich leugne nicht, daß meine
Aussagenungen in der Fraktion häufig die Ober-
hand gewonnen, daß sie in manchen Fällen der
Fraktion — und nicht zu ihrem Schaben — den
Weg wiesen, den sie zu wandeln habe. So mochte
ich nach und nach der Glaube herausgebildet
haben, als sei ich in der Tat der leitende Mann
der Fraktion, und man ging soweit, meine Person
mit dem Prinzip der sogenannten Veröhnungs-
politik, auf deren Boden die Fraktion, seit ich ihr
angehöre, steht, zu identifizieren. Aber das ist ein
Irrthum, man hat da über's Ziel geschossen, weil
man die tatsächlichen Verhältnisse verkennt. „Ich
halte“, führt Herr v. R. fort, „den Fraktions-
zwang für ein Ding, das fast zwei Seiten hat,
eine gute und eine schlechte. Es ist eine zwei-
schneidige Waffe, deren man sich nur mit Vor-
sicht bedienen darf. In meinem speziellen Falle
war die Sache so, daß vier Herren meiner Frak-
tion — die Namen thut ja nichts zur Sache —
eine Fraktionslösung wünschten, um die Stellung-
nahme gegenüber den Marineverordnungen der Re-
gierung zu präzisieren. Fürst Radziwill mußte
diesem Wunsche entsprechen und lud auch mich zu
dieser Sitzung. Und da wurden vier Herren, Fürst
Radziwill und ich, einfach überstimmt, majorisiert.
Seitens dieser vier Herren wurde mit einer ge-
wissen Nervosität auf die Stellungnahme der pre-
ussischen Regierung gegenüber den politischen
Forderungen hingewiesen. Man habe nun, so
meinte die vierzählige Majorität, in der Ver-
weigerung der Marineverordnungen die beste Ge-
legenheit, auf jene Haltung der preussischen Re-
gierung eine verständliche Antwort zu erteilen.
Das war nun aber ganz und gar nicht mein
Standpunkt und der des Fürsten Radziwill.
Einem politischen Fehler meiner Fraktionsgenossen
kamte ich am Ende mitmachen, aber was die
Herren da zu thun im Begriffe waren — eine
durchaus unbedachte Verquickung der Angelegen-
heiten des Reiches mit denen Preussens — das
war weit mehr als ein politischer Fehler, das war
eine politische Tathlosigkeit. Es wäre gerade, so
ergreifend wie Herr v. R., als würde mich Peter
beschimpfen und als gäbe ich Paul dafür eine
Mantischelle.

Da ich mich nun mit einer solchen Haltung
der Fraktion nicht einverstanden erklären konnte,
so trat ich zurück. Als dann zwei Tage später
die gesamte Fraktion zusammentrat, wurden die
bekannten Beschlüsse in meinem Sinne gefaßt.
Wahrscheinlich verblieben die vier Herren an
ihrem oppositionellen Standpunkte. Wie die Er-
klärungen des Fürsten Radziwill im Reichstage
bei der dritten Lesung des Handelsvertrages und
die Abstimmung der politischen Fraktion b. im
Marineartikel beweisen, stand also die Fraktion in
ihrer Gesamtheit völlig auf dem Boden meiner
Aussagenungen. Und es wird das auch — ich
kann es versichern — in Zukunft so sein. Meine
Mandatsniederlegung berechtigt in dieser Beziehung
zu keinen Hoffnungen, insofern die Fraktion die
Tendenz, die ich innerhalb derselben stets zur Ge-
lung bringen trachtete, auch weiterhin verfolgen
wird. Es wird gemäßigter und es wird radikale
Stromungen geben, und es thut mir insofern gar
nicht leid, daß ich zurückgetreten bin, als dadurch
die Wäher, als hätte ich die Fraktion ins Schlep-
tau genommen, als müßte die Fraktion mit mir
stehen oder fallen, gründlich widerlegt werden
können. Ein Mandat werde ich jetzt unter keinen
Umständen annehmen. Ich war st. 3 sehr mit
Arbeit überlastet, daß ich das dringende Bedürf-
nis nach Ruhe habe, nach absoluter Ruhe. Ich fühle
mich körperlich sehr angegriffen, aber ich habe keinen
Zweifel, daß ich bei einer Neuwahl in meinem
Wahlkreise wieder aufgestellt werde. Namentlich
unter den künftigen Wählern, unter den Bauern
ist meine Popularität eine sehr große, die schwören
auf mich und vertrauen meiner Führung. Wenn
ich also kandidiren wollte, so wäre mir der Er-
folg gewiß. Die Wäher der künftigen Wäher
würde dann die der Städte einfach überbieten.
Bin ich doch seinerzeit mit etwa 8000 Stimmen
Majorität gewählt worden. Anders würde sich
die Sache gestalten, wenn ein mehr oder weniger
unbekannter Kandidat in meinem Wahlkreise auf-
gestellt würde. Dann hätten diese Bauern eben
weder dieses Interesse, noch auch dieses Vertrauen,
sie würden sich zum großen Theile passiv verhalten
und dann würde vielleicht die radikale Richtung
die Oberhand gewinnen. Das kam ich nicht ver-
hindern, das ist so eine der Belästigungen der poli-
tischen Konstellation in den politischen Provinzen
Preussens. Die landläufigen Begriffe liberal und
konservativ sind — auf die Verhältnisse der poli-
tischen Ansichten in jenen Landestheilen eben
nicht anzuwenden, Leute, die für liberal gelten,
sind völlig auf dem Standpunkte, den ich der
Regierung gegenüber einnehme, während man um-
gekehrt vielen Konservativen gar nicht weit genug
gehen kann. Dann sind da noch die Intrinsigen,
die sehr stark mit dem Panfollismus faktivieren.
Wenn aber mein Wahlkreis gefährdet wäre, d. h.
wenn etwa der politische Kandidat keine Aussicht
hätte, durchzukommen, dann würde ich keinen
Wortlaut zögern, mich in die Bresche zu werfen.
Gewiß haben hervorragende Freunde und meine
Fraktionsgenossen mich zu bewegen versucht, wieder
zu kandidiren. Mehrere meiner Kollegen haben
mir sogar bereitwillig ihre Mandate angeboten,
falls ich wieder in das Parlament eintreten wollte.
Aber, wie gesagt, jetzt kam ich nicht wirklich
meine Gesundheit erlaubt mir das nicht. Später-
hin freilich ist die Möglichkeit keineswegs ausge-
schlossen. Was man da von meinem Eintritt in
den diplomatischen Dienst gesprochen hat, ist ein-
fach absurd. Das geht doch nicht ohne Weiteres.
Da muß man doch eine gewisse Vorbereitung
haben, eine gewisse Schulung, und das würde
mir bei meinen gegenwärtigen noch nicht so leicht

werden. Man hat auch von einer Oberpräsidenten-
stelle gesprochen, die mir zugesagt sein soll —
ebenjo absurd! Ein politischer Oberpräsident in
Posen, das ist heute ein Ding der Unmöglichkeit.
Ein solcher würde es kaum vier Wochen auf
seinem Posten aushalten können. Zunächst wür-
den ihm die Deutschen, die durch die Vernichtung
eines Polen auf einen so hohen Posten verlegt
würden, allerlei Ungelegenheiten bereiten, und dann
kämen die Polen mit tausenderlei nationalen For-
derungen an ihren Landsmann heran, die er doch
unmöglich erfüllen könnte. Nein, heute sind die
Verhältnisse nicht reif dazu. Vielleicht später, in
zehn oder zwanzig Jahren, wenn es in jenen
Landestheilen anders geworden sein wird. Wenn
dann die Regierung einen Polen beruft, der sonst
die Qualifikation besitzt, dann kann das nur
nützen. Nein, ich werde auch im Herrenhause als
loyaler Unterthan Seiner Majestät reichlich Ge-
legenheit finden, dem Vaterlande und meiner
Fraktion dienbar zu sein.“ Auf die Frage, wie
der Kaiser die Nachricht von seinem Rücktritte
aufgenommen, antwortete Herr v. Rosciolski:
„Bei der Tafel, zu der ich in der vorigen Woche
beschieden wurde, drückte mir Seine Majestät sein
Bedauern aus über meinen Schritt, und die
Hoffnung, mein Entschluß werde mein unabänder-
licher sein. Auf die Frage Seiner Majestät,
welche Konsequenzen meine Mandatsniederlegung
auf die künftige Haltung der Fraktion ausüben
würde, durfte ich dem Kaiser versichern, daß die
Fraktion unverändert auf ihrem bisherigen Stand-
punkte verharren würde.“ Auf die weitere Frage,
ob Herr v. R. mit dem Antrage der Polen im
Abgeordnetenhaus betreffend die Aufhebung des
Anordnungsgesetzes einverstanden sei, meinte er:
„Natürlich. Dieses Anordnungsverfahren ist ein
unrechtmäßiger Fehler — das Ganze scheint gemacht,
um die 91 Beamten, die dabei thätig sind, zu er-
halten. In den politischen Kreisen Berlins und
Bauern lassen die Konsequenzen dieses Verfahrens
einen tiefen Groll zurück, weil sie sehen, daß man
sie den Parisas gleich behandelt. Und diese er-
bitterte Stimmung fruchtbarsten dann die Radikalen
unter meinen Landsleuten und den Panfollisten.“
Auf die abschließende Frage, welche Richtung bei
einer Neuwahl in seinem Wahlkreise die Oberhand
gewinnen würde, antwortete Herr v. Rosciolski:
„Das ist schwer vorzusagen — das ist eben
unberechenbar. Was mich betrifft, so werde ich
das Meinige thun, dahin zu wirken, daß einem
Kandidaten, der in meinem Wahlkreise segelt, zum
Sieg verholfen wird.“

Deutschland.

Berlin, 20. März. Gegenläufig einer
Spazierfahrt im Tiergarten ließ der Kaiser gestern
Nachmittag von der Wache des Brandenburgischen
Dores aus auf dem Drahtwege die gesamte
Garnison von Berlin alarmiren.
Signalhörner schmetterten in den Kasernen,
und ein buntes soldatisches Bild entfaltete sich bald
auf den einzelnen Heien, wo die Kompagnien,
Schwadronen und Batterien zusammenzutraten. Da
die Hauptkassen zum Theil außerhalb der Kasernen
wohnten, zogen die Truppen sehr langsam nur
mit den Trommeln und Pfeifern durch die
Straßen dem Kreuzberg zu. Die nachfolgenden
Kavallerie-Regimenter waren die Ersten auf dem
Platz und wurden vom Kaiser, der die Fußmar-
schirung trug und in dessen Nähe ein Korps-
band die Kaiserflandarte hielt, schon erwartet.
Die übrigen Truppenteile stellten sich ebenfalls
sehr schnell ein. Die einzelnen Offiziere, die nicht
gleich mit ausdrücken konnten, folgten zu Pferde,
in Droschken, auf der Pferdeesplanade nach, wie
es Jedem gerade gelegen kam. In gleicher Weise
sah sich auch die Wäher nach und nach zusam-
men. Die Regimenter, die innerhalb der Stadt
liegen, wurden in der Nähe von Schöneberg zu-
sammengedrängt und bildeten eine kombinierte Di-
vision. Die übrigen Truppen sammelten sich bei
Britz. Die Gedecksidee war folgende: die kom-
binirte Division sollte von Westen aus den bei
Britz stehenden Feind auf dem rechten Flügel an-
greifen und werfen. Dadurch kam es, daß die
kombinierte Division das Tempelhofer Feld fast in
der ganzen Breite überdeckten mußte, um den
schon links den rechten Flügel zu fassen. Der Feind
hatte eine äußerst günstige Stellung, weil ihm der
Bahndamm eine natürliche Vertheidigungslinie
bot. Dort war auch zuerst der Kaiser anwesend.
Als das zweite Garde-Infanterie-Regiment in spär-
lichem Trabe gegen 4 Uhr das Tempelhofer Feld
krenzte, gab die gegnerische Artillerie den ersten
Schuß von Britz her. Das Regiment Kaiser
Alexander näherte sich nun im Kauffschritt und er-
öffnete auf eine Entfernung von 500 Metern ein
Schwermes. Bald darauf griff auch die Ar-
tillerie von Schöneberg aus in dem Kampf ein
und konnte um 5 1/2 Uhr so weit vorrücken, um
von der Tempelhofer Chaussee aus das Gefechts-
feld wirksam zu beschießen. Jetzt war das Ge-
schmetter der Gewehre und des Dröhens der
Schüsse bald allgemein. Pünktlich um 6 Uhr ritt
der Kaiser in die Nähe der Beobachters, um von
dort aus das Gefechtsfeld zu übersehen. Die feind-
liche Abtheilung hatte sich gegen 6 Uhr von Britz
aus bearkt entzogen, daß ihr rechter Flügel an die
Wäher der Halenheide stieß. Da aber gelang es
der kombinierten Division endlich, den gegnerischen
rechten Flügel zu umfassen und zurückzuwerfen.
Der Feind zog nun auf Britz ab, als um 6 1/2
Uhr das Signal „Das Ganze halt“ dem militä-
rischen Schachspiel ein Ende bereite. Der
Kaiser nahm dann noch den Paradeplatz in Be-
sitz und schloß ab und hielt die Kritik über die
Leistung. Um 7 Uhr zogen die Truppen unter
flughendem Spiel in die Kasernen zurück. Der
Kaiser hatte sich an die Spitze des zweiten Garde-
Regiments zu Fuß gesetzt. — Die Nachricht von
der Alarmirung der Berliner Garnison hatte sich
wie ein Kauffeuer durch Berlin verbreitet und
große Schaaren von Publikum nach dem Kreuz-
berg gelockt.

— Im Gefolge des Kaisers werden sich auf
der Reise und während des Aufenthaltes in Abbazia
befinden: der Ober-Post-Marschall Graf A. zu
Eulenburg, der diensttuende General a. la suite
des Kaisers und Kommandant des Hauptquartiers,
Generalmajor v. Pflessen, der Leibarzt Dr. Leu-
thold; der diensttuende Flügeladjutant Oberst-
lieutenant Frhr. v. Seedenhoff. Ferner der Ad-
miral a. la suite des Kaisers, Chef des Marine-
kabinetts, Frhr. v. Senen-Hibran; der Flügel-
adjutant, Abtheilungschef im Militärkabinet Desfr.
v. Lippe und der königliche Gefandte Graf Philipp
zu Eulenburg für das auswärtige Amt und das
geheimen Zivilkabinet.

— In hiesigen Hofkreisen will man wissen,
daß sich der Zar bei der am 19. April in Koburg
stattfindenden Vermählung seiner Nichte, der Prin-
zessin Viktoria Melitta von Sachsen-Koburg-Gotha,
mit dem Großherzoge von Hessen durch den Groß-
fürsten-Thronfolger vertreten lassen werde. Der
Hochzeitsfeier wird auch die jüngste Schwester
des Großherzogs, die Prinzessin Alir von Hessen,
beizubohnen. Befamntlich ist neuerdings mit verstärkter
Bestimmtheit das Gerücht aufgetreten, daß sich der
russische Thronfolger mit dieser Prinzessin ver-
loben werde. Vielleicht wird sich, wie die „N. N.“
meinen, dieses wiederholt angekündigte, aber immer
wieder wegen der konfessionellen Schwierigkeiten
hinausgeschobene Ereigniß bei jener Zusammen-
kunft vollziehen. Die Prinzessin ist am 6. Juni
1872, der Großfürst-Thronfolger Nikolaj am 16./6.
Mai 1868 geboren.

— Das Herrenhaus hat in der vorigen
Woche das Gesetz zur Abänderung der Synodal-
ordnung und Kirchenverfassung unter Ablehnung
der von liberaler Seite vorgeschlagenen Änderungen
angenommen. Auf die Bedenken, die sich an dieses
Gesetz außerhalb des Baundes der evangelischen
Orthodoxie angeknüpft, ist früher schon hin-
gewiesen worden. Herr Oberbürgermeister Strun-
mann hat ihnen noch einmal in bereicherter Weise
Ausdruck verliehen. Er hat das Gesetz eine
schwere Schädigung genannt, die vielleicht ein
Anseinsanderegehen der evangelischen Landeskirche
zur Folge haben könnte, wenn die Mehrheit der
Mitglieder der evangelischen Kirche, die an ihrem
evangelischen Glauben festhält, ohne auf dem
Büchstab des Bekenntnisses zu stehen, um des
staatlichen Schutzes gegen die Intoleranz der
Mehrheit der Synoden beraubt würde. Vielleicht
ist hier etwas zu schwarz gesehen; aber einen
bloßen Kampf gegen Gelfenspiele können wir in
dieser Ausföhrungen nicht finden, wie das der
Herr Kultusminister gethan hat, der das Gesetz
nicht als eine Abschlageszahlung an die auf pol-
ständige Loslösung der Kirche vom Staate hin-
arbeitende evangelische Orthodoxie, sondern als
den Abschluß der Selbständigkeitsbewegung be-
zeichnet. Herr Dr. Wölfe mag das glauben;
aber er befindet sich dann in Bezug auf die Ver-
theilung der Stimmung des orthodoxen Lagers
in einem Optimismus, der durch die Thatsachen
nicht gerechtfertigt wird. Die Führer der Be-
wegung zu Gunsten der größeren Selbständigkeit
der evangelischen Kirche lassen es auch an ihrem
Theil nicht fehlen, um jede Illusion bezüglich
ihrer weiteren Absichten zu beseitigen. Herr v.
Durant hat offen sein Bedauern darüber aus-
gesprochen, daß der Herr Minister die Vorlage als
den Abschluß des Entgegenkommens gegen die
evangelische Landeskirche bezeichnet habe. Und
noch schärfer hat sich Graf Zieten-Schwerin ver-
nehmen lassen, wenn er hervorhebt, daß die Kirche
sich nicht auf dieses Gesetz festlegen lassen dürfe.
Man müßte vielmehr bestrebt sein, die Kirchen-
gesetzgebung weiter auszubauen. Ueber den Bau-
plan selbst haben die Organe der Orthodoxie und
die Heben ihrer Führer nie einen Zweifel auf-
kommen lassen.

— Das „Marine-Verordnungsblatt“ bringt
unter der Ueberschrift „Patriotische Gaben“ fol-
gende Mittheilungen vom 3. März:
„Zum Besten der Hinterbliebenen der am
16. Februar d. J. auf S. M. Panzerschiff
„Brandenburg“ verunglückten Personen sind mir
folgende Geldbeträge zur Verfügung gestellt wor-
den: 100 die Herren Gerrit van Delden u. Co.
in Gronau in Westfalen 50, die Fabrikanten
Herrn Felten u. Guillaume in Carlswert in
Westfalen 1000, Berliner Maschinen-
bau-Aktiengesellschaft vormals E. Schwarzkopf
200, Verleger der Steinlohlengrube Branden-
burg zu Ruda, Kreis Jäbze in Oberschlesien,
Herr Graf Wallesheim 1000, Sammlung der Be-
legschaft der genannten Steinlohlengrube 250,
Sammlung der „Katholischen Zeitung“, eingeleitet
durch Herrn M. Dr. Mont-Schandberg zu Köln
6104,4 Mark. Den hochherzigen Gebern über-
mittle ich den Dank für diese patriotischen Gaben,
welche der Bestimmung gemäß Verwendung finden
werden.“

Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts
Hollmann.
— Von der Verwaltung einer großen Anzahl
von Städten war beantragt worden, die Kommunal-
polizeienergie gleich den künftigen Schugmann-
schaften größerer Städte grundsätzlich von der
Einberufung zur Truppe zu befreien. Auf diesen
Antrag ist nach der „N. N.“ vom Reichs-
kanzler Bescheid dahin erteilt worden, daß wirk-
lich unabweisliche Polizeibeamte auf Grund einer
Vom Minister des Innern auszuföhlenden Be-
stimmung von der Einberufung befreit werden
sollen; dagegen war ein Verbot nach grund-
sätzlicher Befreiung der Kommunalpolizeibeamten
von der Einberufung zur Truppe nicht anzu-
erkennen und wurde daher der dahingehende An-
trag abgelehnt.

— Der Zentralrat der deutschen Gewerk-
vereine hat an den Bundesrat eine Petition ge-
richtet, in welcher er um die für jetzt noch not-
wendige Erhaltung des Sonntags-Unterrichts der
Fortbildungsschulen bittet und ihn ferner ersucht,
dem Reichstag in Bälde einen Gesetzentwurf, be-
treffend Einführung der obligatorischen Fortbil-
dungsschule, vorlegen zu wollen. Der Zentral-
rat der deutschen Gewerksvereine ist zwar im
Prinzip für obligatorischen Fortbildungsunterricht
an den Verlangen, so daß die Lehrherren und
Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet werden, ihren
Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern die Zeit
zum Besuche des Unterrichts Vork- oder Nach-
mittags frei zu geben. Er verkennt aber nicht,
daß zur Zeit noch erhebliche Schwierigkeiten der
Durchführung einer solchen Gesetzesbestimmung
entgegenstehen, namentlich insofern, als nicht nur
Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, sondern auch
Gesellen, erwachsene Arbeiter und kleine Gewerbe-
treibende an dem Unterrichte theilnehmen, die meist
nicht in der Lage sind, eine eventuelle Einkom-
mensverlängerung zu ertragen.

Königsberg, 19. März. Das Vorsteheramt
der Kaufmannschaft richtete an den Reichskanzler
Grafen Caprivi und an den Oberpräsidenten
Graf zu Stolberg-Wernigerode Dankadressen in
Folge Zustandekommens des deutsch-russischen
Handelsvertrages und der Aufhebung des
Identitätsnachweises. Die Adresse an den Grafen
Caprivi hat folgenden Wortlaut:
„Eurellenz! Mit innigster Freude, mit dank-
barer Genugthuung haben wir die Kunde von
der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertra-

ges und des Gesetzes über die Aufhebung des
Identitätsnachweises für Getreide durch den Reichs-
tag empfangen. Nach schweren Kämpfen, welche
Differenzialzölle und Zollkrieg über Handel und
Schiffahrt verhängten, eröffnet sich uns die Mög-
lichkeit, die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem
Nachbarlande im alten Umfange wieder aufzuneh-
men und auszubilden. Befreit von den drückenden
Fesseln des Identitätszwanges, erhält das Getreide-
geschäft die alte Bewegungsfreiheit zurück. Auf
gesichertere Grundlagen gestellt, blickt unser ge-
samtes Erwerbsleben nach Tagen der Prüfungen
vertrauensvoller in die Zukunft. Euer Excellenz
haben, unentwegter Handelspolitik haben wir das
höchsterfreuliche Ergebnis vornehmlich zu danken.
In klarer Erkenntnis ihrer Nothwendigkeit für das
deutsche Wirtschaftsleben begannen, trotz aller
Schwierigkeiten und Befehdungen entschlossen fest-
gehalten und weitergeführt, erhält diese Politik jetzt
ihre Krönung durch ein Kulturwert allerersten
Ranges. Das Vertrauen auf Euer Excellenz war
es, das uns in den nunmehr hinter uns liegenden
trüben Zeiten ein und als für Königsberg glückliches
Ergebnis bestimmt erwarten ließ, und glänzend ist
dieses Vertrauen gerechtfertigt worden. Noch —
leider — erfährt das große Werk wirtschaftlichen
und politischen Friedens, das unter der Führung
Eurer Excellenz geschaffen worden, vielfach un-
gegründete Angriffe. Mit Zuversicht aber erwarten
wir, daß sehr bald die Erkenntnis von dessen
jegenswoller Bedeutung auch die jetzt abseits steh-
enden Kreise durchdringen werde. Die Wohlfahrt
der Gesamtheit war Euer Excellenz Leitstern;
die gesamte Nation ist es, der das Vollbrachte
zu Gute kommen wird. Uns aber, den Vertretern
eines Handelsplatzes, dessen Interessen durch die
glückliche Wendung unserer Handels- und Wirth-
schaftspolitik so wesentlich gefördert werden, ist es
eine ganz besondere Herzenspflicht, Euer Excellenz
unsern aufrichtigen Dank hiermit darzubringen.
Wäge es dem Vaterlande und uns beschieden sein,
die wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten
der Nation noch lange Zeit der bewährten und
erfolgreichen Leitung Eurer Excellenz unterstellt zu
sehen.“

Danzig, 19. März. Der Reichskanzler Graf
v. Caprivi, der Staatssekretär v. Bötticher, der
Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen, der
börsenliche Gefandte Graf von und zu Wertheim
auf Köfening und Major Schmeier, Adjutant des
Reichskanzlers, trafen um 5 Uhr 24 Minuten
Nachmittags hierseits ein und wurden am Bahn-
hofe von dem Oberbürgermeister Baumbach, dem
Stadtverordneten-Vorsteher Stiefens, dem Polizei-
direktor Wessel und dem Abgeordneten Richter
empfangen und von dem zahlreich anwesenden Publi-
kum mit lebhaften Hochrufen begrüßt.
Mannheim, 19. März. In der heutigen
Generalversammlung der Mannheimer Börse wurde
einstimmig beschlossen, an den Reichskanzler Gra-
fen v. Caprivi und den Staatssekretär Freiherrn
v. Marschall wegen der Durchführung des Han-
delsvertrages mit Rußland Dank- und Anerken-
nungstelegramme zu übersenden.

Schweiz.
Bern, 17. März. Seit einigen Tagen läuft
eine Adresse an den Bundesrat in Sachen der
anarchistischen Agitation zur Unterzeichnung um,
und dürfte sich mit vielen Tausenden von Unter-
schriften bedecken. Der Wortlaut ist folgender:
„Die unterzeichneten Schweizerbürger sind
auf's höchste betroffen und entrüstet darüber, daß
was es in letzter Zeit öfter vorgekommen ist und
heute noch geschieht, Fremde und Solche, die sich
hier heimlich gemacht haben, es wagen
dieser, den Schweizerboden zu wilder Agitation
und Aufreizung fürstlicher Menschen zu miß-
brauchen. Wir aernehmen vollständig, was der
Bundesrath bisher zur Reinigung des Vaterlandes
von unsauberen, fremden Elementen gethan hat,
da das Uebel aber schon tiefer Wurzel gefaßt hat,
so ersuchen wir den Bundesrath, auch ferner dafür
zu sorgen, daß überall im Schweizerlande die zu-
ständigen Behörden gegenüber fremden und ein-
heimischen Wählern und Hebern die einschlägigen
Gesetze und Verordnungen mit Strenge hand-
haben, namentlich aber dann, wenn Aufreizung
und Aufstörung zum Verbrechen vorliegt. Wir
wünschen und erwarten nämlich, daß die obersten
Bundesbehörden durch Erlass des nun vorgesehnen
Anarchisengesetzes energische Maßregeln zur Be-
kämpfung der Feinde jeder Ordnung und jedes
Staates möglich machen.“

Niederlande.
 Haag, 19. März. Der Minister des Aus-
wärtigen van Tongeren, welcher seine Entlassung
eingereicht hat, wird am 21. d. M. die Geschäfte
dem Marineminister übergeben, welcher dieselben
ad interim führen wird.

Belgien.
Brüssel, 19. März. Da der König der
Belgier Geni verlassen und sich nach Lieles-bains
begeben hatte, erhielt er die Depesche über die
Ministerkrise in letzterer Stadt. Der König an-
wortete, er würde morgen, Dienstag, nach Belgien
zurückkehren. Da der König vor Mittwoch nicht
in Brüssel sein kann, so wird die für morgen in
der Kammer erwartete Erklärung des Kabinetts-
chefs um einen oder zwei Tage verschoben werden.

Frankreich.
Paris, 19. März. Senat. Alle Minister
sind anwesend, die Senatoren sind sehr zahlreich
erschienen. Ministerpräsident Cassimir Perier sagt
die für die sofortige Schaffung eines Kolonial-
ministeriums bestehende Dringlichkeit und die aus
diesem sich ergebende Nothwendigkeit, den Senat
zusammenzubekommen, auseinander. Senator La-
bedrieux verliest den Bericht über die Vorlage, be-
treffend die Errichtung eines Kolonialministeriums.
Der Bericht spricht sich für die Schaffung dieses
Ministeriums aus. Darauf wird die Dringlich-
keit und die sofortige Diskussion beschlossen.
Ministerpräsident Cassimir Perier antwortet ver-
schiedenen Rednern und verpflichtet sich, den aus-
gedrückten Wünschen Rechnung zu tragen. Darauf
wird die Vorlage mit 225 gegen 32 Stimmen
angenommen und der Kredit für die Ausgaben
für das neue Ministerium mit 216 gegen 31
Stimmen bewilligt.

Italien.
Rom, 19. März. Der stets gut informirte
„Dioniso“ ist in der Lage, über die Vorschläge
des Finanzanschlusses Mittheilung zu machen.
Der Finanzanschuß schließt die nötige Defizit-

summe herab und gelangt zu einem Bedarfe von
circa neunzig Millionen, die zu einem Drittel
durch Ersparnisse, zu zwei Dritteln durch Steuern
gedeckt werden sollen. Hinsichtlich der Steuern
hält der Finanzanschuß die Erhöhung der Salz-
steuer sowie der Grundsteuer um ein Zehntel auf-
recht, schließt dagegen die Erhöhung der Renten-
steuer aus. Der Finanzanschuß beantragt ferner
Herabsetzung des Kriegsbudgets um weitere zwanzig
Millionen, wovon vierzehn auf das Heer, sechs
auf die Flotte entfallen. Der Plan des Finanz-
anschlusses erregt Aufsehen, da er zwar die Er-
höhung der Rentensteuer aufhebt, dagegen den da-
durch verursachten Ausfall von zweihundertvierzig
Millionen keineswegs deckt. In Folge dessen ist,
falls der Anschluß auf seinen Vorschlägen beharrt,
eine Finanzministerkrise nicht ausgeschlossen.

Großbritannien und Irland.
London, 19. März. Unterhaus. Der Unter-
sekretär des Auswärtigen, Grey, erwidert auf eine
Anfrage, der Regierung seien keine bestimmte Mel-
dungen über den englisch-portugiesischen Zusam-
menstoß am Zambesi zugegangen. Beide Regie-
rungen hätten jedoch Weisungen an die ihnen
unterstellten Organe ergeben lassen, um die
Wiederholung eines ähnlichen Ergebnisses zu ver-
hindern. England habe auch Portugal benach-
richtigt, daß es im Prinzip mit der Regelung der
Abgrenzung des Manicaplatus durch ein Schieds-
gericht einverstanden sei. Morley erklärt, die
Regierung werde zunächst mit der Durchführung
der Wäherregulirungsbill vorgehen. Im weite-
ren Verlaufe der Sitzung beantragt Lord Churchill
eine Resolution, in welcher erklärt wird, daß Lord
Rosebery durch seine am Sonnabend in Edinburgh
gehaltene Rede, da in Schottland ein Wahlkampf
schwebt, die Privilegien des Unterhauses verlegt
hat. Der hierauf von dem Kanzler der Schatz-
kammer Harcourt beantragte Uebergang zur Tages-
ordnung wird ohne besondere Abstimmung ange-
nommen.

Da Oberhaus hat sich bis zum 26. d. M.
vertagt.

Rußland.

Petersburg, 19. März. Das Plenum des
Reichsraths nahm heute das Projekt der Um-
wandlung des Domänen-Ministeriums in ein
Ministerium des Ackerbaues und der Reichs-
domänen an.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. März. (Personal-Veränderun-
gen im 2. Armeekorps.) v. Meyer, Desfr.
a. la suite des Drag.-Regts. von Wöbel (pomm.)
Nr. 11 und Kommandeur der 7. Kav.-Brig., zum
General-Major befördert. Frhr. v. Wolzogen,
Desfr. a. D. und zweiter Stabsoffizier bei dem
Landwehr-Regt. Stettin, zum Kommandeur des
Landwehr-Regts. Stralsund ernannt. Willmann,
Major und Bats.-Kommandeur vom Inf.-Regt.
von der Goltz (7. pomm.) Nr. 54, unter
Stellung zur Disp. mit Pension, zum zweiten Stabs-
offizier bei dem Landwehr-Regt. Stettin er-
nannt. Zimmermann, Major aggreg. dem Inf.-
Regt. Keith (1. oberhesl.) Nr. 22, als Bats.-
Kommandeur in das Inf.-Regt. von der Goltz
(7. pomm.) Nr. 54 einrangirt. Krulle, Oberstl.
a. D., zuletzt etatsmäßiger Stabsoffizier des 2.
pomm. Feldart.-Regts. Nr. 17, zum Komman-
deur des Landwehr-Regts. Stargard ernannt.
v. Schamer, Major aggreg. dem folberg. Gren-
Regt. Graf Gneisenau (2. pomm.) Nr. 9, als
Bats.-Kommandeur in dieses Regiment einrangirt.
Baehler, Major a. D. und Kommandeur des
Landwehr-Regts. Schneidemühl, bisher kom-
mandirt zur Dienstleistung bei dem Vertheilungs-
amt des 17. Armeekorps, bis auf weiteres zur
Dienstleistung bei dem Vertheilungsamt des 2.
Armeekorps kommandirt, unter gleichzeitiger Er-
theilung der Erlaubnis zum Tragen der bisherige-
gen Uniform. Rosch, Hauptmann a. la suite des
Inf.-Regts. Herzog von Holstein (holsteim.) Nr. 85
und vom Nebenamt des großen Generalstabes, als
Komp.-Chef in das Inf.-Regt. von der Goltz
(7. pomm.) Nr. 54 versetzt. v. Schuchmann,
Pr.-Lt. vom Drag.-Regt. von Wöbel (pomm.)
Nr. 11, in das 2. großherzog. mecklenburg.
Drag.-Regt. Nr. 18 versetzt. Frhr. v. Tettau,
Pr.-Lt. vom pomm. Inf.-Regt. Nr. 34, und von
Uckermark 1., Pr.-Lt. vom Drag.-Regt. v. Wöbel
(pomm.) Nr. 11, vom 1. April d. Js. ab auf
ein Jahr zur Dienstleistung bei dem großen
Generalstabs kommandirt. v. Langenthal, Pr.-
Lt. vom pomm. Inf.-Regt. Nr. 34, bis Ende
dieses Monats bei der Unteroff.-Schule in Jälich
kommandirt, in das Gren.-Regt. Kronprinz Fried-
rich Wilhelm (2. schlesl.) Nr. 11 versetzt. v.
Endebort, Pr.-Lt. vom 2. pomm. Ulan.-Regt.
Nr. 1, von dem Kommando als Inf.-Offizier
bei der Kriegsschule in Potsdam entbunden. von
Hobe, Sek.-Lt. vom Inf.-Regt. Fürst Blücher
von Wahlstatt (pomm.) Nr. 5, als Inf.-
Offizier zur Kriegsschule in Hersfeld kommandirt.
Hartmann, Pr.-Lt. von der Haupt-Radettenanstalt,
Köslin, Pr.-Lt. von derselben Anstalt, beide in das
Inf.-Regt. von der Goltz (7. pomm.) Nr. 54 ver-
setzt; dieselben verbleiben bis Ende März d. Js.
noch als kommandirt in ihrer jetzigen Stellung.
Kunze, Pr.-Lt. vom folberg. Gren.-Regt. Graf
Gneisenau (2. pomm.) Nr. 9, zum 1. April
d. Js. von dem Kommando als Erzieher bei dem
Radettenhause in Köslin entbunden. Riß, Haupt-
mann a. la suite des Radettenkorps und Militär-
lehrer bei dem Radettenhause in Köslin, mit dem
1. April d. Js. in gleicher Eigenschaft zur Haupt-
Radettenanstalt versetzt. Horn 1., Pr.-Lt. vom
Inf.-Regt. General-Feldmarschall Prinz Friedrich
Karl von Preußen (S. brandenburg.) Nr. 64,
kommandirt als Erzieher bei der Haupt-Radetten-
anstalt, unter Stellung a. la suite des
Regts. mit dem 1. April d. Js. als
Militärlehrer zum Radettenhause in Köslin versetzt.
Wäcker, Sek.-Lt. vom Inf.-Regt. Freiherr Siller
von Gaertingen (4. pomm.) Nr. 63, als Er-
zieher zum Radettenhause in Köslin, v. Soeden,
Pr.-Lt. vom pomm. Inf.-Regt. Nr. 34, als Er-
zieher zum Radettenhause in Weesberg vom 1.
April d. Js. ab kommandirt. Ewald, Sek.-Lt.
vom 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49, als Erzieher
zum Radettenhause in Köslin, vom 1. April d. Js.
abkommandirt. Julek, Pr.-Lt. vom Inf.-Regt.
Graf Schwerin (3. pomm.) Nr. 14, unter Be-
lassung in seinem Kommando als Erzieher bei der
Haupt-Radettenanstalt, a. la suite des Regts.
gestellt. Langematz, Sek.-Lt. von demselben Regt.,
zum Pr.-Lt. befördert. Guse, Hauptm. a. la suite
des 1. pomm. Feldart.-Regts. Nr. 2, unter Ent-

